

## Die Evangelische Kirche zu Beginn der NS-Herrschaft

Der folgende Text befasst sich mit der politischen Haltung der Evangelischen Kirche während der ersten Hälfte des Jahres 1933. Erst am 21. September 1933 initiierte Martin Niemöller mit der Gründung des Pfarrernotbunds einen organisierten kirchlichen Widerstand gegen das neue Regime. Bis dahin hatten sich die meisten Protestanten gegenüber Hitler zustimmend oder apathisch verhalten.

1. Lies den folgenden Text und erkläre die mehrheitliche Haltung der deutschen Protestanten zur Regierung Hitlers anhand von mindestens zwei Argumenten.
2. Schreibe dazu etwa eine halbe Seite und lade das Ergebnis im Aufgabenpool des Evangelischen Schulzentrums (mit Angabe des Namens und der Klasse) hoch.

### **Hans Dieter Osenberg: Heiligschein über dem Hakenkreuz**

[...] „Mit klopfendem Herzen erlebte ich den Einzug der Männerbataillone durch das Brandenburger Tor und den Vorbeimarsch an dem greisen Reichspräsidenten und seinem jungen Kanzler, unter dem endlosen Jubel der Menschenmassen. Ein unbeschreibliches Hochgefühl, verbunden mit dem tiefsten Dank gegen den allmächtigen Herrn der Geschichte erfüllte mein Herz, wie es wohl bei jedem nationalen deutschen Menschen gewesen ist.“ So erinnert sich der spätere deutsch-christliche Bischof von Hamburg, Franz Tügel, an den 30. Januar 1933, der fortan der „Tag der Machtergreifung“ heißen sollte. [...] Der 30. Januar 1933 ist – wie im ganzen Volk – so auch von der weit überwiegenden Mehrheit des deutschen Protestantismus emphatisch begrüßt und mit den kühnsten Hoffnungen verbunden worden. Gerade auch in der Pfarrerschaft. Selbst Martin Niemöller, der bald im Pfarrernotbund die erste Widerstandszelle gründet und acht Jahre im Konzentrationslager zubringt, hat nie geleugnet, in den Wahlen bis 1933 Hitler gewählt zu haben. Eine christlich-autoritäre Staatsform, die eine von Anfang an ungeliebte parlamentarische Demokratie, die Weimarer Republik, ablöst – das entspricht damals einfach der Mentalität des nationalen Bürgertums im Protestantismus.

Und Adolf Hitler tut ja auch alles, um sich gerade diesem Teil des Volkes anzudienen, raffiniert und populistisch. In seiner großen Rundfunkrede am Abend des 1. Februar spricht er schon gleich zu Anfang von dem „Gelöbnis“, das er „als nationaler Führer vor Gott, unserem Gewissen und unserem Volk“ ablege. Und am Schluss heißt es: „So wird es die nationale Regierung als ihre oberste und erste Aufgabe ansehen, die geistige und willensmäßige Einheit unseres Volkes wiederherzustellen. Sie wird die Fundamente wahren und verteidigen, auf denen die Kraft unserer Nation beruht. Sie wird das Christentum als Basis unserer gesamten Moral, die Familie als Keimzelle unseres Volks- und Staatskörpers in ihren festen Schutz nehmen. .. Möge der allmächtige Gott unsere Arbeit in seine Gnade nehmen, unseren Willen recht gestalten, unsere Einsicht segnen und mit dem Vertrauen unseres Volkes beglücken. Denn wir wollen nicht kämpfen für uns, sondern für Deutschland.“

[...] Und bei der allseits geschürten Bolschewistenfurcht, die an erster Stelle in den beiden

Kirchen auf fruchtbaren Boden fiel, macht es natürlich Eindruck, wenn Hitler in jener Sportpalastrede sagt, jetzt stünden an der Spitze Deutschlands „Christen und keine internationalen Atheisten“: „*Ich rede nicht nur vom Christentum, nein, ich bekenne auch, daß ich mich niemals mit den Parteien verbinden werde, die das Christentum zerstören.*“ Natürlich nicht, denn die Parteien, die Hitler meint, hat er ein paar Wochen später schon verboten und ihre Mitglieder bangen um ihr Leben. [...]

Schon im Herbst des Vorjahres waren die evangelischen Gemeinden bei der Kirchenwahl am 13. November 1932 von den „Deutschen Christen“ in die Zange genommen worden. Diese sogenannte „Glaubensbewegung“ propagiert eine „völkisch gesinnte, rassenreine Reichskirche“ mit „Führerprinzip“ und macht aus Jesus einen germanischen Helden. Trotz christlicher Taufe wird Juden in dieser Kirche die Mitgliedschaft versagt. Bei der Kirchenwahl hatten die „Deutschen Christen“ durch geschickte Propaganda vor allem kirchlich abseits Stehende an die Wahlurnen gebracht und so viele Sitze in den Gemeindekörperschaften erobert. In Rheinland und Westfalen, wo der synodale Gemeindeaufbau bestimmend ist, etwa ein Fünftel der Mandate, in Pommern und Ostpreußen fast die Hälfte, in Berlin ein Drittel. [...]

Die Judenfrage. Wenn schon nicht der ominöse Reichstagsbrand im Februar mit der unmittelbar danach einsetzenden brutalen Verfolgung der Kommunisten und Sozialdemokraten, dann hätte zumindest der 1. April [1933] alle Alarmglocken bei den Christen schrillen lassen müssen. Aber das verhindert der gerade auch bei den Protestanten traditionelle Antisemitismus. Am Samstag, den 1. April 1933, veranstalten die Nationalsozialisten einen Boykott jüdischer Geschäfte, Rechtsanwalts- und Arztpraxen. Überall stehen SA-Posten, vor jedem Laden, jeder Praxis, jeder Werkstatt, die einem Deutschen jüdischer Herkunft gehören. Die Reichsvertretung der deutschen Juden schickt an den Evangelischen Oberkirchenrat und an den katholischen Kardinal Bertram ein flehentliches Telegramm, die Kirchen möchten doch einen solidarischen Protest erheben.

Der Kardinal antwortet überhaupt nicht und der Oberkirchenrat telegrafiert, er beobachte die Situation sorgsam hoffe aber, daß sich die Lage bald beruhige. [...] Dietrich Bonhoeffer meldet sich in einem sehr programmatischen Aufsatz „Die Kirche vor der Judenfrage“ zu Wort: „*Die Kirche ist den Opfern jeder Gesellschaftsordnung in unbedingter Weise verpflichtet, auch wenn sie nicht der christlichen Gemeinde zugehören.*“ Gegebenenfalls, so Bonhoeffer, habe die Kirche sogar nicht nur die Opfer unter dem Rad zu verbinden, sondern dem Rad selbst in die Speichen zu fallen. Doch trotz solcher Stimmen gilt das Resümee, das der Kirchenhistoriker Klaus Scholder zieht: „*Die Kirche als ganze blieb stumm. Kein Bischof, keine Kirchenleitung, keine Synode wandte sich in den entscheidenden Tagen um den 1. April öffentlich gegen die Verfolgung der Juden in Deutschland.*“ [...]